

**A1 Leitantrag: Solidarisch wirtschaften, gerecht besteuern, klimaneutral handeln, für eine Zukunft, die allen gehört!**

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 07.11.2025  
Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

## Antragstext

1 Unsere Zeit ist geprägt von tiefen Krisen: Klimakrise, soziale Spaltung und  
2 wirtschaftliche Unsicherheit. Während wenige Vermögende von Rekordgewinnen  
3 profitieren, kämpfen viele Menschen mit steigenden Lebenshaltungskosten und  
4 unsicheren Jobs. Gleichzeitig gefährdet die ökologische Zerstörung unsere  
5 gemeinsame Lebensgrundlage. Wir als Grüne Jugend Saar sagen klar: Ein  
6 Wirtschaftssystem, das Profit über Mensch und Umwelt stellt, hat keine Zukunft.  
7 Wir brauchen einen solidarischen, gerechten und ökologischen Wandel, der  
8 Wohlstand neu definiert, nicht über Wachstum um jeden Preis, sondern über  
9 Lebensqualität, Teilhabe und Nachhaltigkeit.

10 Solidarisch wirtschaften statt Profite privatisieren

11 Solidarisches Wirtschaften bedeutet, dass wirtschaftliche Entscheidungen am  
12 Gemeinwohl und nicht an kurzfristigen Profiten ausgerichtet werden. Im Saarland  
13 heißt das: Wir gestalten den Strukturwandel aktiv, sozial gerecht, ökologisch  
14 und demokratisch.

15 Wir fordern konkret:

16 Landeseigene Beteiligungsgesellschaft für nachhaltige Transformation: Das  
17 Saarland soll eine Saarländische Transformationsagentur gründen, statt nur einen  
18 Sonderbeauftragten zu beschäftigen der der Herausforderung der Aufgabe nicht  
19 gerecht wird. Die Betriebe müssen bei der ökologischen Umstellung unterstützt  
20 werden, mit Beratung, öffentlicher Beteiligung und finanzieller Förderung, wenn  
21 sie soziale und ökologische Standards einhalten.

22 Förderung regionaler Kreislaufwirtschaft: Statt Wegwerfproduktion setzen wir auf  
23 Reparatur, Wiederverwendung und regionale Wertschöpfung. Das Land soll regionale  
24 Reallabore aus dem Transformationsfonds fördern, in denen Abfall als Ressource  
25 genutzt wird, etwa im Maschinenbau, der Stahlindustrie oder in der  
26 Bauwirtschaft. Konkret soll eine Landesweite Reparatur-Bonus-Förderung am  
27 Beispiel Thüringens eingeführt werden (z. B. bis 100 € Zuschuss pro Reparatur  
28 von Elektrogeräten).

29 Ausbau der Gemeinwohlökonomie im Saarland: Öffentliche Förderungen am Beispiel  
30 der SIKB sollen an Gemeinwohlbilanzen gekoppelt werden. Die öffentliche  
31 Investitionsförderungsbank verankert eine Gemeinwohlprüfung in ihren  
32 Förderprogrammen: Punkte für ökologische, soziale und mitbestimmte  
33 Unternehmensführung. Unternehmen, die faire Löhne zahlen, Ressourcen schonen und  
34 demokratisch organisiert sind, sollen bevorzugten Zugang zu Fördermitteln  
35 bekommen.

36 Rückführung zentraler Infrastruktur in öffentliche oder genossenschaftliche  
37 Hand: Energie, Wasser und ÖPNV gehören zur Daseinsvorsorge. Wir fordern, dass  
38 das Land gemeinsam mit Kommunen öffentliche Stadtwerke und

39 Energiegenossenschaften stärkt und weiter ausbaut. Wichtig ist außerdem eine  
40 verbindliche Deckelung für die privaten Anbieter. Vor allem bei der  
41 klimafreundlicheren Fernwärme muss ein Energiekostenwucher verhindert werden.

42 Faire Arbeitsbedingungen in der Transformation: Bei öffentlichen Aufträgen muss  
43 gelten: Tariflohn, Mitbestimmung und Klimaverträglichkeit sind Pflicht. Das  
44 Saarland kann hier über eine ambitioniertes Novelierung des Landesvergabegesetz  
45 klare Standards setzen. Gelingen kann das durch einen Kontrollmechanismus über  
46 eine neue „Vergabestelle für Nachhaltigkeit“ im Wirtschaftsministerium und eine  
47 Verpflichtende jährliche Berichterstattung im Landtag über soziale und  
48 ökologische Wirkung öffentlicher Aufträge.

49 Solidarische Landwirtschaft und regionale Ernährung: Wir wollen eine  
50 Landwirtschaft, die ökologisch, tiergerecht und sozial ist. Das Land soll  
51 Kooperationen zwischen Landwirtinnen, Kommunen und Verbraucherinnen (z. B.  
52 solidarische Landwirtschaft, regionale Lieferketten) aktiv fördern. Als Maßnahme  
53 sollen landeseigene Flächen vorrangig an ökologische und solidarische Betriebe  
54 verpachtet werden.

55 Soziale Innovationsförderung: Start-ups, die ökologische oder soziale Probleme  
56 lösen z. B. Energieeffizienz, nachhaltige Mobilität oder soziale Teilhabe,  
57 sollen durch ein „Green & Social Start-up Programm Saar“ gezielt unterstützt  
58 werden. Wichtig ist hier die Kooperation mit Hochschulen und  
59 Wirtschaftsfördergesellschaften zur Vernetzung von nachhaltigen Gründungen und  
60 zur Gewährsleistung das diese Innovationen im Saarland verankert bleiben.

61 Solidarisches Wirtschaften im Saarland heißt, dass niemand durch den Wandel  
62 zurückgelassen wird. Wir wollen ein Land, das nicht nur Industrieregion ist,  
63 sondern Vorreiter für eine klimagerechte, demokratische und faire Wirtschaft.

64 Steuergerechtigkeit für eine gerechte Zukunft

65 Die Finanzierung der sozial-ökologischen Transformation braucht Mut zur  
66 Umverteilung. Es ist ungerecht, dass Großkonzerne und Superreiche Steuertricks  
67 nutzen, während Beschäftigte und kleine Betriebe die Hauptlast tragen.

68 Wir fordern:

69 Wiedereinführung einer Vermögenssteuer: Für eine gerechte Beteiligung der  
70 Reichen an der Finanzierung der Zukunft. Schließung von Steuerschlupflöchern  
71 und konsequente Bekämpfung von Steuervermeidung und -flucht.

72 Ökologische Steuerreform, die klimaschädliches Verhalten unattraktiv macht und  
73 nachhaltiges Handeln belohnt. Dabei wollen wir gesamtgesellschaftlich denken mit  
74 einer Klimadividende für Bürger\*innen. Ein Teil der Einnahmen aus CO<sub>2</sub>-Preis und  
75 Energieabgaben wird als Klimaprämie pro Kopf ausgezahlt und das nach Einkommen  
76 sozial gestaffelt. Das Geld muss die erreichen die unter den Folgen der  
77 Transformation und des Klimawandels am meisten leiden.

78 Mehr Investitionen in Bildung, Klima- und Sozialpolitik: Finanziert durch  
79 gerechte Steuern statt durch Kürzungen.

80 Klimaschutz als Grundlage für Gerechtigkeit

81 Klimaschutz ist keine Zusatzaufgabe, sondern die Voraussetzung für soziale  
82 Gerechtigkeit. Wer heute in Klimaschutz investiert, schützt die Lebensgrundlagen  
83 kommender Generationen, auch im Saarland.

84 Wir setzen uns ein für:

85 Einen sozial gerechten Strukturwandel im Saarland, der Arbeitsplätze sichert und  
86 neue schafft, in erneuerbaren Energien, nachhaltiger Mobilität und  
87 Kreislaufwirtschaft.

88 Eine klimagerechte Industriepolitik, die ökologische Innovationen fördert statt  
89 fossile Abhängigkeiten verlängert.

90 Energie als Gemeingut: Dezentral, erneuerbar, demokratisch organisiert,  
91 Bürgerenergie statt Konzernmacht. Wichtig dafür ist unter anderem ein  
92 Landesbeteiligungsprogramm für Bürgerenergie. Kurzum, das Land stellt  
93 Startkapital bereit, damit Bürger\*innen und Kommunen Genossenschaften für Wind-  
94 und Solarprojekte gründen können.

95 Solidarität ist Klimaschutz und Klimaschutz ist Gerechtigkeit !

96 Wir kämpfen für eine Wirtschaft, die nicht auf Kosten anderer funktioniert,  
97 weder auf Kosten der Umwelt, noch auf Kosten globaler Gerechtigkeit. Die sozial-  
98 ökologische Transformation gelingt nur, wenn sie solidarisch gestaltet wird.

99 Wir als Grüne Jugend Saar fordern:

- 100 • Ein Ende der fossilen Subventionen und einen sozial gerechten CO<sub>2</sub>-Preis.
- 101 • Eine saarländische Wirtschaftspolitik, die lokale Wertschöpfung,  
102 ökologische Innovation und soziale Verantwortung verbindet.
- 103 • Eine klare Haltung gegen Kürzungspolitik, denn Zukunft lässt sich nicht  
104 kaputtsparen.

105 Wir wollen eine Gesellschaft, in der niemand Angst vor dem Monatsende haben muss  
106 und niemand Angst vor der Zukunft des Planeten. Wir wollen Solidarität statt  
107 Konkurrenz, Gemeinwohl statt Profitlogik, Klimagerechtigkeit statt Klimakrise.  
108 Wir sind die Generation, die Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit zusammendenkt,  
109 solidarisch, feministisch und radikal ökologisch.

**A2 Haushalt 2024 - 2027**

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 11.11.2025  
Tagesordnungspunkt: 4. Finanzen

**Antragstext**

- 1 Haushalt für die Verbandsjahre 2024 bis 2027.

**Begründung**

Erfolgt vor Ort

	2024 – Ist	2025 – Soll	2025 – Ist zum 01.11.2025	2026 – Soll	2027 - Plan
<i>Titel</i>	<i>Betrag in €</i>	<i>Betrag in €</i>	<i>Betrag in €</i>	<i>Betrag in €</i>	<i>Betrag in €</i>
<b>Vortrag</b>	3.774,84	5.809,98	7.557,08	13.000,00	15.750,18
<u>Einnahmen</u>					
RPJ-Mittel (2 Teile)	3.927,00	3.927,00	1.963,50	1.963,50	0,00
Mitgliedsbeiträge	694,42	600,00	615,75	600,00	600,00
Mandatsträgerabgabe Dillschneider	0,00	0,00	600,00	1.200,00	1.200,00
Fördermitglieder	66,68	66,68	0,00	66,68	66,68
Zuschuss Partei	10.750,00	10.000,00	10.880,00	10.000,00	15.000,00
Spenden	0,00	0,00	1.945,00	0,00	0,00
Sonstiges	175,00	0,00	23,05	0,00	0,00
<b>Zwischensumme Einnahmen</b>	15.613,10	14.593,68	16.027,30	13.830,18	16.866,68
<u>Ausgaben</u>					
<b>Verwaltung</b>					
Miete Landesgeschäftsstelle	1.895,04	2.400,00	2.000,00	2.400,00	2.400,00
Bankgebühren	122,75	120,00	100,00	130,00	130,00
Personalkosten und Büro	3.441,66	6.500,00	3.570,46	1.000,00	4.000,00
<b>Politische Arbeit</b>					
Aktionen d. politischen Bildung	473,81	2.100,00	205,00	750,00	750,00
Landesmitgliederversammlungen	999,95	1.500,00	488,23	1.200,00	1.200,00
Landesaktiventreffen	408,41	<i>eingerechnet</i>	121,02	500,00	500,00
CSD SaarLorLux	984,09	<i>eingerechnet</i>	1.681,75	1.500,00	1.750,00
Awareness	0,00	0,00	0,00	250,00	50,00
Kampagne/ Wahlkampf	1.463,94	1.500,00	538,53	250,00	1.000,00
Vorstandsarbeiten	394,81	250,00	0,00	150,00	150,00
Social Media	0,00	0,00	1.500,00	1.000,00	2.500,00
Merchandise	0,00	150,00	0,00	200,00	400,00
Bildungsmittel	470,20	400,00	440,40	475,00	475,00
Mitgliedschaften	350,00	325,00	300,00	325,00	325,00
Fahrtkosten und Unterkünfte	808,58	850,00	712,76	850,00	1.000,00
Sonstiges	17,62	200,00	76,90	100,00	100,00
<b>Zwischensumme Ausgaben</b>	11.830,86	15.970,00	11.735,05	11.080,00	16.730,00
<b>Saldo</b>	3.782,24 €	-1.376,32	4.292,25	2.750,18	136,68
<b>Guthaben Bank zum 31.12</b>	7.557,08	4.433,66	<i>ausstehend</i>	15.750,18	15.886,86

### A3 Für eine nachhaltige, komfortable und gerechte Mobilität im Saarland

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 12.11.2025

Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

#### Antragstext

1 Das Saarland steht beim Thema nachhaltige Mobilität vor großen  
2 Herausforderungen. Trotz kleiner Fortschritte beim Ausbau des ÖPNV und der  
3 Fahrradinfrastruktur ist das Land weiterhin stark vom Auto abhängig.  
4 Unzuverlässige Verbindungen, fehlende Informationen über Ausfälle und  
5 Verspätungen sowie lange Bauzeiten auf wichtigen Strecken untergraben das  
6 Vertrauen vieler Menschen in Bus und Bahn. Viele Orte sind nur unzureichend an  
7 den öffentlichen Nahverkehr angebunden, besonders abends, nachts und am  
8 Wochenende. Zugleich sind Bahnhöfe und Haltestellen oft in einem schlechten  
9 Zustand. Wer unfreiwillig wegen Verspätungen und Ausfällen viel Zeit an  
10 Haltestellen verbringt, sollte sich wenigstens setzen können. Schutz vor Sonne,  
11 Regen und Wind, Toiletten und ausreichende Beleuchtung sollten an jedem Bahnhof  
12 vorhanden sein. Bisher wirken diese Orte allerdings abschreckend und unsicher,  
13 anstatt Aufenthaltsqualität zu bieten.

14 Auch die Verbindung der verschiedenen Verkehrsmittel, etwa sichere  
15 Fahrradstellplätze an Bahnhöfen, Mitnahme Gelegenheiten für Fahrräder in der  
16 Bahn oder Ladesäulen für Elektroautos, ist vielfach unzureichend ausgebaut.  
17 Insbesondere muss es Menschen leicht gemacht werden, vom Auto zum Zug zu  
18 wechseln, durch ausreichende und günstige oder kostenlose Parkplätze an  
19 Bahnhöfen.

20 Während Städte wie Saarbrücken erste Fortschritte beim Ausbau von Radwegen  
21 machen, ist weiterhin kein sicheres, flächendeckendes Radverkehrsnetz vorhanden.  
22 Gerade in ländlichen Regionen müssen Radfahrende oft auf die Landstraße  
23 ausweichen.

24 All das zeigt: So kann es nicht bleiben. Eine moderne, nachhaltige Mobilität  
25 muss allen Menschen ermöglichen, sich sicher, bequem und klimafreundlich  
26 fortzubewegen, unabhängig davon, ob sie in der Stadt oder auf dem Land leben.

27 Die Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend Saar beschließt, sich für eine  
28 nachhaltige, sichere und sozial gerechte Mobilität einzusetzen. Ziel ist es, den  
29 öffentlichen Nahverkehr und den Radverkehr zu stärken, die Verkehrsmittel besser  
30 miteinander zu verknüpfen und Mobilität für alle Menschen zugänglich und  
31 attraktiv zu gestalten.

32 1. Verkehrsmittel besser verknüpfen  
33 An Bahnhöfen und Busbahnhöfen sollen umfassende Parkmöglichkeiten für Autos und  
34 Fahrräder geschaffen werden, die möglichst kostenfrei oder zumindest günstig  
35 sind, damit das Umsteigen zwischen Verkehrsmitteln einfach und verlässlich  
36 funktioniert. Fahrradstellplätze in Form von Fahrradboxen müssen außerdem in  
37 ausreichender Zahl vorhanden und digital reservierbar sein.

38 2. Attraktive Bahnhöfe und Haltestellen schaffen  
39 Bahnhöfe und Haltestellen sollen zu Orten werden, an denen man sich gerne  
40 aufhält. Dazu gehören ausreichend Sitzgelegenheiten, Toiletten, Wetterschutz,  
41 freies WLAN sowie eine gute, helle Beleuchtung. Auch die Gestaltung des Umfelds

42 spielt eine wichtige Rolle: Aufenthaltsmöglichkeiten und Orte zum Zusammensitzen  
43 in der Nähe von Bahnhöfen können das soziale Leben vor Ort fördern und das  
44 Sicherheitsgefühl stärken.

45 3. ÖPNV-Angebot ausbauen und verlässlich machen  
46 Der öffentliche Nahverkehr muss auch zu Randzeiten funktionieren. Nachtbusse und  
47 Nachtverbindungen sollen im gesamten Saarland ausgebaut werden, insbesondere am  
48 Wochenende. Eine Reduzierung der Taktung an Wochenenden ist kontraproduktiv und  
49 sollte vermieden werden.  
50 Gleichzeitig braucht es einen transparenten Umgang mit Langzeitbaustellen:  
51 Informationen über Dauer, Auswirkungen und Alternativen müssen klar und leicht  
52 zugänglich kommuniziert werden.

53 4. Bessere digitale Information und Kommunikation  
54 Zuverlässige, aktuelle Informationen sind entscheidend für die Akzeptanz des  
55 ÖPNV. Fahrgäste sollen in Echtzeit über Verspätungen, Ausfälle und Störungen  
56 informiert werden, sowohl bei Bahn- als auch bei Busverbindungen. Darüber hinaus  
57 sollen digitale Systeme Informationen über freie Parkplätze, verfügbare  
58 Fahrradboxen und besonders störungsanfällige Strecken bereitstellen. So wird  
59 Mobilität planbarer und komfortabler.

60 5. Den Radverkehr konsequent fördern  
61 Der Radverkehr muss endlich als gleichwertiger Bestandteil des Verkehrssystems  
62 verstanden werden. Dafür braucht es ein sicheres, durchgehendes Netz aus baulich  
63 getrennten Radwegen, das Städte und Gemeinden miteinander verbindet. Zusätzlich  
64 soll ein landesweites Radfernwegennetz geschaffen werden, das auch touristische  
65 und regionale Ziele berücksichtigt.  
66 Innerhalb von Städten sollen Tempo-30-Zonen zum Regelfall werden, um die  
67 Sicherheit zu erhöhen, den Verkehr zu beruhigen und die Lebensqualität zu  
68 steigern.

69 6. E-Mobilität sozial gerecht gestalten  
70 Die Förderung der Elektromobilität darf nicht nur Menschen mit privater  
71 Ladeinfrastruktur zugutekommen. Deshalb braucht es deutlich mehr öffentliche  
72 Ladesäulen in Wohngebieten, insbesondere dort, wo keine eigene Lademöglichkeit  
73 besteht. Auch temporäre Parkplätze, etwa auf Supermarkt- oder  
74 Einkaufszentrumsflächen, sollten mit Ladepunkten ausgestattet werden, um E-  
75 Mobilität im Alltag praktischer und inklusiver zu machen.

76 7. Mehr Sicherheit und Präsenz an Bahnhöfen  
77 Die Bundespolizei soll von den ineffektiven Grenzkontrollen abgezogen werden, um  
78 sich wieder stärker dem Sichern der Bahnhöfe widmen zu können. Sicherheit,  
79 Beleuchtung und Präsenz von Personal sind zentrale Voraussetzungen, damit sich  
80 Menschen auch abends und nachts ohne Angst fortbewegen können.

## Begründung

Eine echte Verkehrswende im Saarland ist überfällig. Derzeit ist nachhaltige Mobilität oft unpraktisch, unsicher und schlicht unattraktiv. Wer klimafreundlich unterwegs sein möchte, stößt auf viele Hürden: unzuverlässige Verbindungen, fehlende Informationen, unkomfortable Bahnhöfe und gefährliche Radwege.

Doch Mobilität ist mehr als nur Fortbewegung, sie ist eine soziale Frage. Nur wenn Bus, Bahn, Fahrrad und E-Mobilität für alle Menschen nutzbar und erschwinglich sind, kann die Verkehrswende gelingen. Sie muss Sicherheit, Komfort und Verlässlichkeit bieten, nicht nur als

**A4 Union und SPD greifen rechtsstaatliches Instrument an - Pflichtanwaltliche Vertretung in Abschiebehaftverfahren darf nicht abgeschafft werden!**

Antragsteller\*in: Santino Klos

Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

## Antragstext

1 Die noch von der Ampel-Koalition im Bund auf den Weg gebrachte Einführung einer  
2 anwaltlichen Pflichtvertretung in Abschiebehaftsachen (vgl. § 62d AufenthG)  
3 wollen CDU/CSU und die SPD wieder rückabwickeln. Wir lehnen das entschieden ab  
4 und kritisieren dieses Vorhaben scharf!

5 SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP kamen damals einer langjährigen Forderung von  
6 Verbänden und Organisationen nach. Die Regelung ist deshalb wichtig, weil die  
7 Fehlerquote bei genau diesen Abschiebehaftsachen sehr hoch ist.

8 Im Saarland steigt die Zahl der ausreisepflichtigen Personen, die in  
9 Abschiebehaft genommen wurden. Das Konzept der Abschiebehaft ist unmenschlich  
10 und gehört abgeschafft. 2024 wurden doppelt so viele Menschen in Abschiebehaft  
11 gesteckt als im vorangegangen Jahr. Über zwei Millionen Euro kostete die Praxis  
12 das Saarland, das keine eigenen Plätze vorhält, sondern diese bei den Ländern  
13 Rheinland-Pfalz und Hessen mietet. Teilweise mussten sogar Menschen aufgrund  
14 einer überlangen Verfahrensdauer wieder aus der Abschiebehaft entlassen werden.  
15 Union und SPD wollen die Situation der Menschen, die diese unmenschliche Härte  
16 trifft, noch verschlechtern!

17 Für uns ist klar: Abschiebehaft gehört abgeschafft und die Rechte von  
18 Geflüchteten gehören gestärkt!

19 Besonder perfide ist das Vorhaben der Koalition aus Union und SPD im Bund, weil  
20 viele Entscheidungen in Abschiebehaftsachen oft rechtswidrig sind. Die hohe  
21 Fehlerquote ergibt sich aus einer Statistik des Rechtsanwalts Peter Fahlbusch,  
22 der seit 2001 Statistik über die von ihm vertretenen Abschiebungshaftmandate  
23 führt. Seine Fallstatistik zeigt: Über die Hälfte der Menschen, die er in  
24 Abschiebehaftsachen vertrat, waren rechtswidrig inhaftiert. Erfolgsquoten von  
25 Klagen gegen Abschiebehaftsachen betragen bis zu 89 Prozent.

26 Dieses Rechtsstaatliche Instrument wird als Ideologie verunglimpft, zugunsten  
27 Rechtsextremer und Rechter Menschenfeinde. Wir sagen: Rechtsstaatliche  
28 Instrumente sind keine Ideologie!

## A5 Geschäftsordnung

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 11.11.2025  
Tagesordnungspunkt: 1.4 Abstimmung über die Geschäftsordnung

## Antragstext

1 GESCHÄFTSORDNUNG  
2 der Landesmitgliederversammlungen der Grünen Jugend Saarland  
3 §1 Präsidium  
4 1. Der Landesvorstand schlägt der Landesmitgliederversammlung (LMV) ein  
5 Präsidium vor. Dieses bereitet die LMV in Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand  
6 vor.  
7 2. Zu Beginn der LMV entscheiden die Anwesenden in offener Abstimmung über  
8 diesen Vorschlag.  
9 3. Die Mitglieder des Präsidiums vereinbaren untereinander, wer die LMV leitet  
10 und wann eine Ablösung in der Sitzungsleitung erfolgt.

11 §2 Tagesordnung  
12 Die Versammlung beschließt zu Beginn der LMV die Tagesordnung. Die LMV kann  
13 jederzeit Verhandlungsgegenstände mit einfacher Mehrheit in die Tagesordnung  
14 aufnehmen und von der Tagesordnung absetzen, in ein anderes Gremium verweisen  
15 sowie Tagesordnungspunkte vorziehen oder zurücksetzen. Dringlichkeits- und  
16 Rückholanträge bedürfen einer 2/3-Mehrheit.

17 §3 Anträge  
18 1. Alle Anträge außer Geschäftsordnungsanträge müssen elektronisch in  
19 Antragsgrün oder über die Landesgeschäftsstelle eingereicht werden.  
20 2. Über den weitergehenden (Änderungs-)Antrag ist zuerst abzustimmen. Auf Antrag  
21 können Anträge auch gegeneinander oder in anderer Reihenfolge abgestimmt werden.  
22 3. Geschäftsordnungsanträge sind schriftlich zu stellen. Sie sind sofort zu  
23 behandeln.  
24 4. Abstimmungen erfolgen grundsätzlich offen. Gezählt werden nur Stimmen, die  
25 durch klares Zeigen der Stimmkarte erfolgen. Eine namentliche oder geheime  
26 Abstimmung wird auf Antrag von mehr als einem Drittel der anwesenden Mitglieder  
27 durchgeführt. Der Antrag auf geheime Abstimmung geht dem Antrag auf namentliche  
28 Abstimmung vor.

29 §4 Redebeiträge  
30 1. Jedes Mitglied hat Rederecht.  
31 2. Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen. Die Meldung muss Namen und  
32 Kreisverband des betreffenden Mitglieds enthalten.  
33 3. Die Redelisten werden nach Bekanntgabe des Präsidiums eröffnet. Das Präsidium  
34 führt getrennte Redelisten (FINTA\*/offen) in ausgeloster Reihenfolge. Wenn es  
35 der Debatte dient, können gesetzte Redebeiträge vorgesehen werden. Das Präsidium  
36 kann, wenn es der Debatte dient, dem Landesvorstand unabhängig von der Redeliste  
37 das Wort erteilen. Auf Antrag kann die Zahl der Redebeiträge erhöht werden.  
38 4. Überschreitet ein:e Redner:in die Redezeit, wird nach einer Ermahnung durch  
39 das Präsidium das Wort entzogen.  
40 5. Persönliche Erklärungen sind nur am Ende eines Tagesordnungspunktes zulässig.

41 Ein:e Redner:in darf dabei nicht zur Sache sprechen, sondern nur persönliche  
42 Angriffe zurückweisen oder eigene Ausführungen berichtigen.

### 43 §5 Redezeiten

44 1. Das Präsidium macht der Versammlung zu Beginn des Tagesordnungspunktes unter  
45 Berücksichtigung von Absatz 2 einen Vorschlag für die Redezeiten. Diese können  
46 durch Antrag verändert werden. Die Redezeiten können für unterschiedliche  
47 Anträge, Positionen oder Listenplätze unterschiedlich sein. Eine Änderung der  
48 Redezeiten für einen Antrag, Position oder Listenplatz ist unzulässig, sobald  
49 ein:e Redner:in dazu gesprochen hat.

50 2. In der Regel werden folgende Redezeiten vorgesehen:

- 51 1. Pro Antrag 1 Einbringungs- und 1 Gegenrede von max. 5 Minuten.
- 52 2. Pro Änderungsantrag 1 Einbringungs- und 1 Gegenrede von max. 3 Minuten.
- 53 3. Pro Geschäftsordnungsantrag 1 Einbringungs- und 1 Gegenrede von max. 1  
54 Minute.
- 55 4. Für alle Parteiämter oder Delegiertenplätze eine Redezeit von 5 Minuten.
- 56 5. Für Aussprachen 2 Beiträge/Fragen mit 3 Minuten Redezeit.

### 57 §6 Sonstiges

58 1. Stimmkarten und Wahlzettel sind sorgsam zu behandeln und nicht  
59 unbeaufsichtigt zu lassen. Für Stimmkarten ist ein Ersatz ausgeschlossen.  
60 2. Stimmkarten und Wahlzettel sind nicht weiterzugeben.  
61 3. Das Präsidium übt das Hausrecht aus.  
62 4. Soweit Gesetze oder Satzung dem nicht entgegenstehen, kann die LMV mit einer  
63 2/3-Mehrheit im Einzelfall von Bestimmungen dieser Geschäftsordnung abweichen.

### 64 Begründung

65 Diese Geschäftsordnung soll auch für alle zukünftigen LMV Anwendung finden.

### 66 Erläuternd:

67 Geschäftsordnungsanträge sind Anträge, die keine inhaltlichen Themen betreffen,  
68 sondern den Ablauf des Parteitages beeinflussen. Insbesondere sind das Anträge:  
69 zur Änderung der Tagesordnung, insbesondere das Hinzufügen oder Streichen von  
70 TOPs, sowie das verändern der Reihenfolge der TOPs. Ein Antrag, einen bereits  
71 abgeschlossenen TOP erneut zu behandeln oder abzustimmen, ist ein so genannter  
72 Rückholantrag.

73 zur Veränderung der Abstimmungsreihenfolge oder -modalität. Beispielsweise  
74 Anträge in einer anderen Reihenfolge abzustimmen, Anträge gegeneinander  
75 abzustimmen, erst ein Stimmungsbild einzuholen oder in sonst einer Art und Weise  
76 die Abstimmung anders zu gestalten. Es kann auch beantragt werden, geheim oder  
77 namentlich (statt offen) abzustimmen.

78 zur Vertagung, Verweisung oder Nichtbehandlung von Anträgen, wenn diese an einem  
79 anderer LMV, in einem anderen Gremium oder gar nicht behandelt werden sollen.

80 zur Änderung der Redezeiten oder der Anzahl der Redebeiträge. Die Redezeit pro  
81 Redner:in kann verlängert oder verkürzt werden und es können mehr (bzw. weniger,  
82 wenn mehr vorgesehen sind) Redebeiträge insgesamt vorgesehen werden. Es können  
83 auch mehr oder weniger (oder überhaupt) Fragen zugelassen werden.